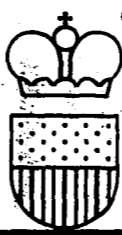
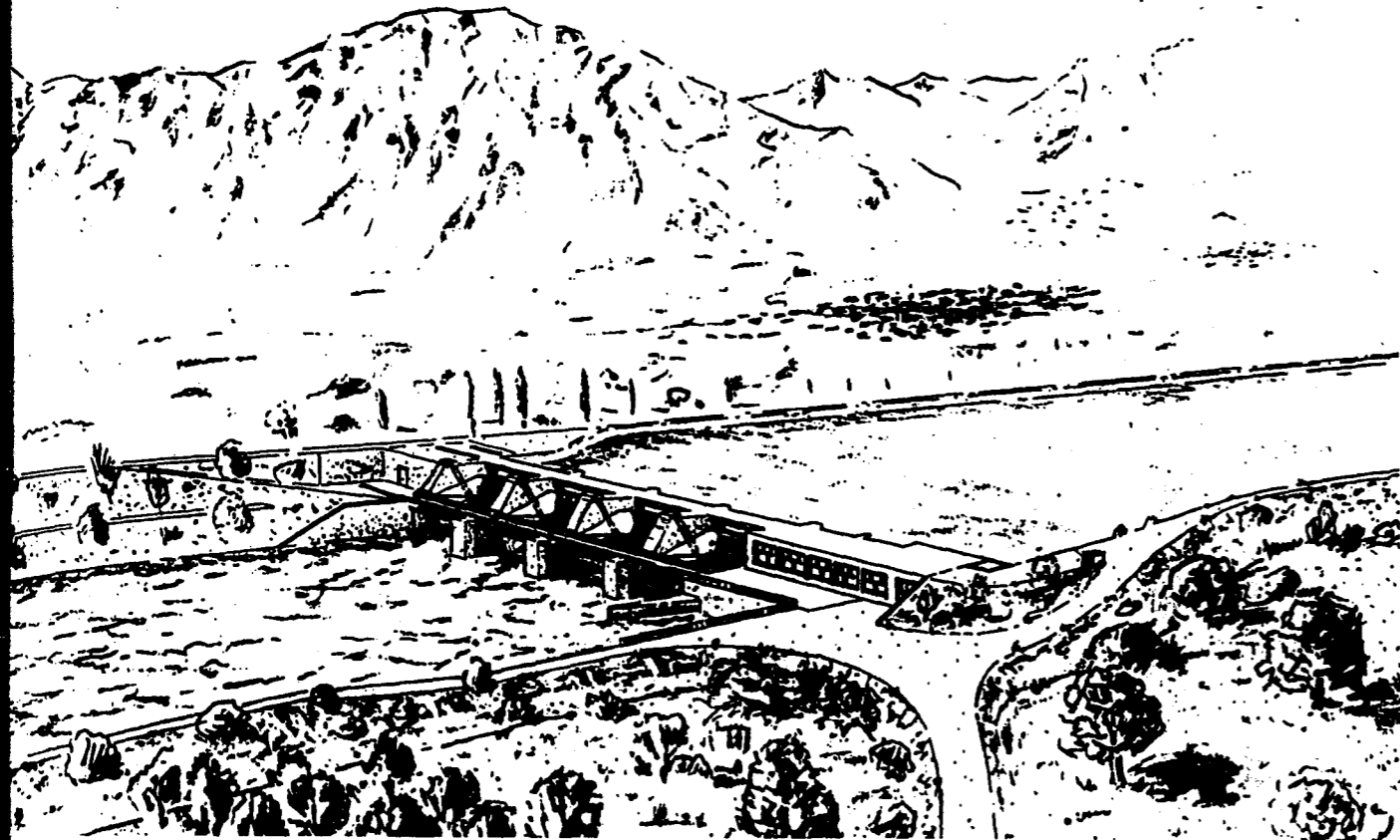


Liechtensteiner Volksblatt



erscheint Montag, Dienstag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und Samstag · Jeden Donnerstag Grossauflage · Amtliches Publikationsorgan · Tel. (075) 2 42 42 · Einzelpreis: 60 Rp.



Die Stausee soll nach Auffassung des Studienkonsortiums (LKW, NOK und Motor-Columbus) eine Staustufe entlang der schweizerischen liechtensteinischen Rheingrenze aussehen. Auf dem Bild fügt sich das Bauwerk gut in die Landschaft ein. Durch die Stauung des Rheins soll der Grundwasserspiegel wieder angehoben werden.

Unabhängigkeit in energiewirtschaftlicher Hinsicht

Pressekonferenz zum Konzessionsgesuch für die Rheinkraftwerke und Vorstellung einer Informationsschrift

Zu Beginn des Auflageverfahrens für die geplanten Rheinkraftwerke zwischen Balzers und Ruggell (siehe VOLKSBLATT von gestern Dienstag) hat das Studienkonsortium, bestehend aus den liechtensteinischen Kraftwerken (LKW), den Nordostschweizerischen Kraftwerken (NOK) und der Projektfirma Motor-Columbus, an einer Pressekonferenz in Buchs das Projekt nochmals

vorgestellt. Gleichzeitig wurde auch eine reich illustrierte Informationsbroschüre präsentiert, die derzeit in alle Haushaltungen im schweizerisch-liechtensteinischen Einzugsgebiet der Rheinkraftwerke geschickt wird.

Nach einer Begrüssung durch den Präsidenten des Konsortiums Vorstandes, René Ritter (LKW), skizzierte der Vorsitzende der technischen Kommission, A. Streichenberg, das Konzessionsgesuch, für das das Auflageverfahren gestern Dienstag begann. Die geplanten Kraftwerke mit fünf Stauufen zwischen Balzers und Ruggell soll im Jahr rund 440 Millionen kWh Energie produzieren, wobei auf die Winterenergie rund 160 Millionen kWh (entsprechend 35 Prozent), auf die Sommerenergie 280 Millionen kWh (entsprechend 65 Prozent) entfallen werden. Wenn die Produktionsmöglichkeiten im lokalen Rahmen betrachtet werden, so Streichenberg, stelle man fest, dass sie an den Energieverbrauch der Region einen gewichtigen Beitrag darstellen. Der geschätzte Energieverbrauch der Region zwischen Balzers und Ruggell sowie zwischen Trübbach und Sennwald liege bei etwa 230 Millionen kWh. Die Rheinkraftwerke könnten also das ganze Gebiet - rund ums Jahr gesehen - von Stromzukaufen unabhängig machen.

Über die rechtlichen Aspekte des Projektes orientierte anschliessend Dr. R. Kunz (Vizedirektor der NOK). Nach seinen Ausführungen ist ein Staatsvertrag zwischen der Schweiz und Liechtenstein nicht nötig, doch liege es im Ermessen der beiden Staaten, einen solchen abzuschliessen. Bei dem vorgesehenen Konzessionsprojekt handelt es sich nach seiner Meinung um eine relativ einfache Verhandlungsmaterie, da keine Grenzänderung und kein Gebietsabtausch vorliege. Somit wäre es möglich, meinte Dr. Kunz, mit einem nicht genehmigungspflichtigen Abkommen oder eventuell auch nur mit einer protokollarischen Festlegung auszukommen.

Energie aus der Region

An alle Haushaltungen wird zur Information eine farbige und reich illustrierte Schrift «Energie aus der Region für die Region» gehen. Die Schrift enthält einen Überblick über das Projekt, geht aber in breitem Rahmen auch auf die Folgen der Kraftwerke für das Grundwasser, für Mensch und Tier sowie die Pflanzenwelt ein. Sie will, wie es heisst, «aufzeigen, welche Probleme mit dem Bau der Rheinkraftwerke verbunden sind. Andererseits will sie aber auch sachlich darlegen, welchen Nutzen das Projekt für die Region und deren Volkswirtschaften bringen wird.

Fürst von Liechtenstein-Stiftung

Dr. Fritz Leutwiler als Mitglied in den Stiftungsrat berufen

Mit Wirkung ab Januar 1985 ist der frühere Präsident der Schweizerischen Nationalbank, Dr. Fritz Leutwiler, zum Mitglied des Stiftungsrates der Fürst von Liechtenstein-Stiftung berufen worden.

Von der Fürst von Liechtenstein-Stiftung erhalten wir dazu nachfolgende Pressemitteilung:

Die Fürst von Liechtenstein-Stiftung teilt mit, dass S.D. Fürst Franz Josef II. von und zu Liechtenstein Herrn Dr. Fritz Leutwiler per Januar 1985 zum Mitglied des Stiftungsrates berufen hat.

Vorsitzender des Stiftungsrates ist S.D. Fürst Franz Josef II. von und zu Liechtenstein und stellvertretender Vorsitzender ist S. D. Erbprinz Hans Adam von und zu Liechtenstein.

Gleichzeitig scheidet Achatius Graf Saurma, ehemaliger Vorsitzender der Fürst Fürstenberg Gruppe, Donauschingen, aus dem Stiftungsrat aus. Graf Saurma gehörte dem Stiftungsrat seit der Gründung der Fürst von Liechtenstein-Stiftung im Jahre 1970 an.

Weitere Mitglieder des Stiftungsrates sind Dr. Alfred Herrhausen, Vorstandsmittglied der Deutschen Bank AG, Frankfurt, Dr. Pierre Keller, Inhaber von Lombard, Odier & Cie, Genf, und Dr. Walter Jakoblijevich, Wirtschaftsprüfer aus Wien. Generalbevollmächtigter der Fürst

von Liechtenstein-Stiftung ist Christian Norgren, Vaduz.

Mit Dr. Fritz Leutwiler hat S.D. der Landesfürst eine der prominentesten und kompetentesten Persönlichkeiten der internationalen Finanzwelt als Mitglied in den Stiftungsrat der Fürst von Liechtenstein-Stiftung berufen. Dass der frühere Nationalbankpräsident, der in dieser Funktion viel mit liechtensteinischen Belangen befasst war, der Berufung gefolgt ist, stellt auch dem internationalen Ansehen der Stiftung ein hervorragendes Zeugnis aus.

Verwaltung des Fürstlichen Privatvermögens

Die Fürst von Liechtenstein Stiftung wurde im Jahre 1970 gegründet. Sie verwaltet das Privatvermögen des Regierenden Fürsten von Liechtenstein, in dem folgende Bereiche zusammengefasst sind: Die Bank in Liechtenstein AG, mit ihren Zweigunternehmungen, der Immobilienbesitz des Fürstenhauses, die Kunstsammlungen, die Liegenschaften in Österreich, die land- und forstwirtschaftlichen Besitzungen in Österreich, die landwirtschaftlichen Besitzungen in den USA und Beteiligungen an Unternehmungen verschiedener Branchen.



Der frühere Präsident der Schweizerischen Nationalbank, Dr. Fritz Leutwiler, ist mit Wirkung ab Januar 1985 in den Stiftungsrat der Fürst von Liechtenstein-Stiftung berufen worden.

Regel Telefonverkehr

Fast 11 Mio. Gespräche im Jahr

Im Jahre 1983 sind in Liechtenstein gesamt 10,925 Millionen Gespräche geführt worden. Dies ist gegenüber dem Vorjahr eine deutliche Zunahme von rund 4 Millionen Gesprächen. Diese Zahlen sind dem eben veröffentlichten Statistischen Jahrbuch 1985 entnommen, das die Registrierung des Telefonverkehrs mit dem Jahre 1965 festhält.

Von den rund 11 Millionen Gesprächen entfallen allein 7,51 Millionen auf Inland- und Ortsgespräche. Ferngespräche wurden 3,4 Millionen geführt, wobei der Verkehr zwischen dem Fürstentum und der Schweiz als Inlandverkehr gewertet wird. Wenn wir die Gespräche in etwa Taximinuten umwandeln, ergibt sich die stolze Zahl von 12,92 Millionen Taximinuten, wovon 5,44 Millionen für das Ausland zählen. Die Telefonanschlüsse haben sich ebenfalls deutlich erhöht. Sie lagen von 10,986 im Jahre 1982 auf 14,480 Anschlüsse im Jahre 1983 an.

Der Bodensee

Wanderausstellung im Landesmuseum

Am kommenden Freitag, den 18. Januar wird um 18 Uhr im Liechtensteinischen Landesmuseum in Vaduz eine Wanderausstellung zum Thema «Der Bodensee» eröffnet. Die Ausstellung ist in Gemeinschaft mit den Naturwissenschaftlichen Sammlungen der Kantone Thurgau und St. Gallen, mit dem Bodensee-Museum Konstanz, mit der Vorarlberger Naturschau und mit der Liechtensteinischen Gesellschaft für Umweltschutz entstanden. Die Ausstellung, zu der die LGU und das Landesmuseum herzlich einladen, dauert vom 19. Januar bis zum 17. Februar. Sie ist täglich, ausser montags, von 14 bis 17.30 Uhr geöffnet.

Schweiz wird sich über Tempo 100/130 aussprechen

Unterschriften eingereicht - Initiative kommt möglicherweise zu spät

Bern (AP) Nun werden sich auch Volk und Stände über die umstrittenen Tempobeschränkungen für den Strassenverkehr aussprechen können. Am Dienstag hat der bald 74jährige Basler Motorjournalist Bernhard Böhi seine mit rund 263 000 Unterschriften versehene Volksinitiative «Pro Tempo 100/130» auf der Bundeskanzlei eingereicht, mit der die alten Tempolimits in der Verfassung verankert werden sollen.

Die vom Bundesrat am 1. Oktober 1984 im Sinn einer Sofortmassnahme gegen das Waldsterben erlassene Beschränkung auf 80 und 120 Kilometer pro Stunde ist erst seit Anfang des Jahres in Kraft und bis Ende 1987 befristet. Auf die Frage, ob damit die Initiative nicht zu spät komme, da die Behandlung in Bundesrat und Parlament leicht zwei Jahre dauern kann, meinte Böhi gegenüber AP lakonisch, dann müsse man eben «Dampf aufsetzen».

Rund 30 Prozent der Unterschriften stammen nach Angaben Böhis aus der

Westschweiz, fünf Prozent aus dem Tessin, der Rest aus der Deutschen Schweiz. Böhi, der als Verleger das Branchenblatt «Benzin-Esel» herausgibt, hat die Initiative im Alleingang lanciert, wurde danach aber von den Automobil- und Transportverbänden unterstützt. «Dieses Fahrzeug fährt mit umweltfreundlichem Autogas», heisst es auf einem Kleber an dem Auto, mit dem Böhi die rund 47 000 Unterschriftenbögen zur Bundeskanzlei transportierte.

Auch ein Tempo über 130 soll zugelassen werden

Die Initiative möchte einen neuen Absatz in Artikel 37bis der Bundesverfassung einfügen, der folgenden Wortlaut hat:

«Die allgemeine Höchstgeschwindigkeit für leichte Motorwagen und Motorräder beträgt auf Strassen ausserorts 100 Kilometer pro Stunde, auf Autobahnen 130 Kilometer pro Stunde.

Zur Hebung der Verkehrssicherheit

kann auf besonders gefährlichen Abschnitten eine tiefere Höchstgeschwindigkeit angesetzt werden. Auf gut ausgebauten Strecken können höhere Geschwindigkeiten zugelassen werden.»

Mit den in rund zehn Monaten gesammelten 263 000 Unterschriften hat die Initiative die grösste Unterschriftenzahl seit 1938 erreicht, doch ist dieser «Rekord» bereits von der Krankenkassen-Initiative gebrochen worden, welche innerhalb von nur drei Monaten über 300 000 Unterschriften zusammenbringen konnte. Die Krankenkassen-Initiative ist jedoch noch nicht eingereicht worden.

Nach diesem Erfolg hat Böhi bereits zwei weitere Initiativen zur Vorprüfung eingereicht, welche sich gegen die Schwerverkehrsabgabe und die Autobahnvignette wenden. Am Montag hat die Sammelfrist für das Volksbegehren der Routiers Suisses gegen die Schwerverkehrsabgabe zu laufen begonnen. Eine weitere Anti-Vignetten-Initiative ist vom Zürcher Rechtsanwalt Michael E. Dreher angekündigt.

Optimistisch

Griechischer Oppositionsführer setzt auf Wahlsieg

Bonn (AP) Der griechische Oppositionsführer Konstantin Mitsotakis, Vorsitzender der Neo Democratia, hat bei einem mehrtägigen Besuch in Bonn nach eigenen Worten sehr nützliche und befriedigende Gespräche mit Bundeskanzler Helmut Kohl und Aussenminister Hans-Dietrich Genscher geführt. Vor Journalisten unterstrich er am Dienstag, dass Griechenland nach Ansicht seiner Partei auf jeden Fall integriertes Mitglied der NATO bleiben und mit der Türkei über die Differenzen in der Ägäis den Dialog suchen müsse.

Mitsotakis zeigte sich überzeugt, dass seine Partei nach den Wahlen im Herbst im griechischen Parlament über die absolute Mehrheit der Sitze verfügen werde.

Für diesen Fall kündigte er Gespräche mit der Türkei in der Hoffnung an, dass beide Seiten den Willen zur Lösung der Meinungsverschiedenheiten hätten.